

dürfen. Dieser Grundsatz der Indexberechnung gilt für alle im Landesindex einbezogenen Waren und Dienstleistungen.

Der als Teil des Landesindexes berechnete Mietpreisindex soll die Entwicklung des gesamtschweizerischen Mietpreisniveaus messen. Diese Entwicklung wird einerseits beeinflusst durch Mietzinsanpassungen bei den bestehenden Wohnungen, andererseits durch das kostenbedingt veränderte Niveau der Anfangsmieten von neuerstellten Wohnungen. Neben diesen beiden Einflussfaktoren ist auch allfälligen Qualitätsveränderungen Rechnung zu tragen.

Bei den meisten im Index-Warenkorb enthaltenen, gekauften Gütern handelt es sich um neuwertige und damit qualitativ vergleichbare Produkte. Die Qualität von (gemieteten) Wohnungen indessen ist einer ständigen Veränderung unterworfen. Einerseits nimmt sie in Folge fortschreitender Alterung ab, andererseits wird sie durch Renovationen, Um- und Neubauten verbessert.

Um den Einflüssen der sich verändernden Anfangsmieten von neuerstellten Wohnungen und der altersbedingten Wertverminderung Rechnung zu tragen, werden im Zeitablauf nicht die Mieten der einzelnen Wohnungen, sondern von Wohnungen gleicher Grösse und gleichen Alters verglichen. Einmal im Jahr, jeweils am Jahresanfang, werden die Wohnungen den Altersgruppen neu zugeteilt. Mit dieser Neuzuteilung werden die Einflüsse der im Zeitablauf sich verändernden Anfangsmieten und der im jeweils vergangenen Jahr aufgelaufenen Qualitätsverminderungen indexwirksam. Das hat dazu geführt, dass der Mietindex im Februar 1994 um 0,9 Prozent angestiegen ist, obschon die Situation bezüglich expliziten Mietzinsanpassungen praktisch stabil war. Aufgrund der Tatsache, dass sich die Anfangsmieten für neue Wohnungen wegen steigender Erstellungs- und Unterhaltskosten in den letzten Jahren stets erhöht haben (Anstieg des allgemeinen Mietpreisniveaus), wird dieser Effekt noch einige Zeit eine indexerhöhende Wirkung haben. In Perioden mit sinkenden Kosten und entsprechend tieferen Anfangsmieten wird sich eine indexsenkende Wirkung einstellen.

Wertvermehrnde bauliche Massnahmen werden im Index ebenfalls berücksichtigt, indem die Mieten solcher Wohnungen mit Mieten von Wohnungen neuerer Baujahre verglichen werden, was in der Regel mit einem Indexrückgang verbunden ist.

Das Bundesamt für Statistik hat sich in diesem Zusammenhang nie dahin gehend geäussert, dass die Alterswertung den «Einfluss wertvermehrender baulicher Massnahmen» übersteige, wie in der Begründung der Interpellation ausgeführt wird. Auch ist dem für die Berechnung angewandten methodischen Ansatz keine solche Annahme unterstellt, da Qualitätsveränderungen in beide Richtungen berücksichtigt werden.

In diesem Sinne lassen sich die beiden Fragen der Interpellation wie folgt beantworten:

1. Die Messung und die Bekanntgabe der Teuerung durch das Bundesamt für Statistik erfolgen nach den geltenden, vom Bundesrat gutgeheissenen Methoden und Grundsätzen. Sie sind unabhängig davon, ob die Arbeitnehmer einen Teuerungsausgleich erhalten haben oder nicht. Es soll nichts Künstliches vorgemacht, aber auch nichts Tatsächliches verschwiegen werden. Das Messinstrument «Landesindex» darf nicht aus politischen Motiven verändert oder gar manipuliert werden, weil damit der objektive Charakter verlorengehe. Aus diesem Grunde sind die Messung der Teuerung (Berechnung des Landesindex) und die Anwendung des Indexes, welche im Verantwortungsbereich der jeweiligen Vertragspartner liegt, streng auseinanderzuhalten.

2. Die Berechnung des «alten» Mietpreisindex (gültig bis Mai 1993) ist in der Vergangenheit wiederholt kritisiert worden. Es wurde unter anderem beanstandet, dass die angewandte Berechnungsmethode für den Einbezug neuerstellter Wohnungen sowie die methodische Behandlung von Qualitätsunterschieden bzw. Qualitätsveränderungen Mängel aufweisen und die tatsächlichen Verhältnisse nicht wirklichkeitsgetreu wiedergeben würden. Wegen der erheblichen politischen Bedeutung der Mietpreise und ihrer Entwicklung wurde deshalb der Verbesserung der Berechnungsmethode für den Miet-

preisindex im Rahmen der kürzlich abgeschlossenen Indexrevision grosse Beachtung geschenkt. Der erarbeitete Lösungsvorschlag wurde von der Kokos gutgeheissen und dem Bundesrat zur Annahme empfohlen.

Es ist ein methodischer Ansatz gefunden worden, der gleichzeitig für den Einbezug neuerstellter Wohnungen wie für die Behandlung von Qualitätsveränderungen eine Lösung anbietet. Dabei ist unbestritten, dass es sich hier nicht um den einzig richtigen und idealen, sondern um einen bestmöglichen und praktikablen Ansatz handelt. Eine auch in der Erhebungspraxis anwendbare Methode zur wissenschaftlich exakten Quantifizierung von Qualitätsunterschieden bei Wohnungen steht leider zurzeit nicht zur Verfügung.

Dass nicht nur die bei bestehenden Wohnungen vorgenommenen Mietzinsanpassungen, sondern auch die sich verändernden Anfangsmieten und die Qualitätsveränderungen einen Einfluss auf den berechneten Mietpreisindex haben, entspricht der erklärten Zielsetzung, die Entwicklung des gesamtschweizerischen Mietpreisniveaus zu messen. Die verwendete Methode entspricht auch den allgemeinen Berechnungsgrundsätzen des Landesindexes.

*Erklärung des Interpellanten: teilweise befriedigt
Déclaration de l'interpellateur: partiellement satisfait*

94.3110

**Interpellation
der sozialdemokratischen Fraktion
Überprüfung
der Sozialausgabenstatistik
Interpellation
du groupe socialiste
Dépenses de caractère social.
Examen des statistiques publiées**

Wortlaut der Interpellation vom 16. März 1994

Wir bitten den Bundesrat, zur häufig zitierten und ebenso häufig missbrauchten Gesamtaufstellung der Sozialausgaben der Schweiz in der Nationalfondsstudie von M. Wechsler und M.

Savioz Stellung zu nehmen. (Wechsler/Savioz: Soziale Sicherheit nach 2000. Finanzielle Perspektiven und Szenarien für die Schweiz. Zürich 1993).

Insbesondere bitten wir um die Überprüfung und Analyse folgender Fragen:

1. Wie beurteilt der Bundesrat die Statistik von Wechsler/Savioz über die Sozialausgaben? Ist die Vermischung von Sozialversicherungsbeiträgen (Einzahlungen) und Sozialausgaben zulässig?
2. Welche Korrekturen hält der Bundesrat an der Statistik von Wechsler/Savioz für angebracht? Wie sieht die entsprechende Sozialausgabenstatistik des Bundesrates aus?
3. Ist der Bundesrat bereit, eine im Vergleich zum heutigen BSV-Zahlenspiegel vervollständigte, standardisierte Statistik über die Sozialleistungen und die Soziallasten nachzuführen und diese periodisch zu publizieren?
4. Wie verhält sich die Sozialleistungsquote der Schweiz im internationalen Vergleich (Ländervergleiche)?
5. Welche Folgerungen zieht der Bundesrat aus den berechneten Szenarien zur sozialen Sicherung von 1994 bis 2040?

Texte de l'interpellation du 16 mars 1994

Le Conseil fédéral est prié de prendre position sur l'étude du Fonds national de la recherche réalisée par Wechsler et Savioz et présentant une vue d'ensemble des dépenses sociales en Suisse (Wechsler/Savioz, Soziale Sicherheit nach 2000. Finanzielle Perspektiven und Szenarien für die Schweiz,

Zürich 1993; résumé français sous le titre «Sécurité sociale en Suisse. Perspectives financières et scénarios jusqu'en 2040»). Nous prions le Conseil fédéral d'examiner en particulier les questions suivantes:

1. Que pense-t-il de la statistique des dépenses sociales établie par Wechsler et Savioz? Est-il admissible de mélanger les cotisations sociales (versements) et les dépenses sociales?
2. Juge-t-il que des rectifications sont indiquées? Lesquelles? Comment se présente sa propre statistique des dépenses sociales?
3. Est-il disposé à tenir et à publier périodiquement une statistique des prestations et des charges sociales normalisée et plus complète que celle de l'Ofas?
4. Comment se situe la quote-part des prestations sociales de la Suisse par rapport à celle d'autres pays?
5. Quelles conclusions tire-t-il des scénarios esquissés pour les années 1994 à 2040?

Sprecher – Porte-parole: Strahm Rudolf

Schriftliche Begründung

Die Urheber verzichten auf eine Begründung und wünschen eine schriftliche Antwort.

Développement par écrit

Les auteurs renoncent au développement et demandent une réponse écrite.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 13. Juni 1994

Der Bundesrat erachtet die Erarbeitung von wissenschaftlichen Grundlagen über die finanziellen Perspektiven der sozialen Sicherung in der Schweiz als sehr wichtig. Er begrüsst es daher, dass sich im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms Nr. 29, «Wandel der Lebensformen und soziale Sicherheit», verschiedene Projekte mit diesen Fragen beschäftigen. Die Studie von Wechsler/Savioz ist nur eines dieser Projekte. Sie enthält interessante Ansätze, zum Teil aber auch stark vereinfachende und problematische Annahmen. Der Bundesrat beschäftigt sich schon lange mit den Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf die Sozialversicherungen. So hat er unter anderem in der Botschaft zur 10. AHV-Revision ausführliche Modellrechnungen vorgelegt. Er wird auch in Zukunft eigene Modellrechnungen anstellen, wo dies notwendig ist. Er ist sich dabei der Problematik langfristiger Vorausschätzungen im ökonomischen Bereich bewusst.

Zu den aufgeworfenen Fragen nimmt der Bundesrat wie folgt Stellung:

1. Die Studie von Wechsler/Savioz ist keine Statistik im eigentlichen Sinne. Ziel der Studie war es vielmehr, ein Mikrosimulationsmodell zu entwickeln, das erlaubt, demographische, ökonomische und institutionelle Variablen miteinander zu kombinieren und Zukunftsprognosen für die nächsten 50 Jahre zu erstellen. Erstmals haben dabei die Autoren alters- und geschlechtsspezifische Ausgabenprofile geschätzt. Dabei wurden zum Teil auch stark vereinfachende und gewagte Annahmen getroffen. Grundsätzlich wurde auf die Ausgaben sämtlicher Sozialversicherungen zurückgegriffen (Ausgabenkonzept), welche für das Jahr 1989 erfasst wurden. Im Falle der beruflichen Vorsorge haben die Autoren aber nicht die Ausgaben, sondern die Einnahmen verwendet. Die Vermischung von Ausgaben und Einnahmen ist methodisch unzulässig und ergibt ein verzerrtes Bild. Problematisch sind die Annahmen vor allem in jenen Bereichen, wo über die Sozialversicherungen hinaus Leistungen freiwilliger Versicherungen und anderer Träger in die Berechnungen einbezogen wurden. Ebenso können die Zusammenfassung von AHV und EL und IV und EL sowie die Berücksichtigung der Ansprüche von Ausländerinnen und Ausländern als Kostenzuschlag zu den Renten für Schweizerinnen und Schweizer in Frage gestellt werden, weisen die Entwicklungen der Bestände von Rentnerinnen und Rentnern in diesen Bereichen doch markante Unterschiede auf. Auch sind in den als Grundlagen ausgewiesenen Finanzierungsprofilen im Laufe der Zeit Veränderungen zu erwarten.

2. Der Bundesrat bringt an Studien einzelner Wissenschaftlerinnen bzw. Wissenschaftler keine Korrekturen an. Die Angaben der amtlichen Statistik zu den Sozialversicherungsleistungen können – soweit vorhanden – den einschlägigen Publikationen der Bundesverwaltung entnommen werden (Zahlenspiegel der sozialen Sicherheit in der Schweiz, Statistisches Jahrbuch der Schweiz sowie diverse Sonderpublikationen). In verschiedenen Bereichen bestehen gravierende statistische Lücken (berufliche Vorsorge, Krankenversicherung, Sozialhilfe, Familienzulagen). Im Rahmen seiner Möglichkeiten ist der Bundesrat bestrebt, diese Lücken zu schliessen. Er strebt auch an, eine umfassende Statistik der Sozialausgaben und -einnahmen zu erstellen, die über die Statistik der Sozialversicherungsleistungen hinausgeht. Er hat dies in der Legislaturplanung 1991–1995 als Ziel formuliert. Wichtige Grundlagen hierfür wird das vom Nationalen Forschungsprogramm Nr. 29 sowie aus Ressortforschungsmitteln des Bundes geförderte Projekt «Sozialbudget» liefern.

3. Die Sozialleistungs- und Soziallastquote werden regelmässig und systematisch im Statistischen Jahrbuch ausgewiesen. Beide Quoten werden aus der Nationalen Buchhaltung abgeleitet. Der «Zahlenspiegel der sozialen Sicherheit in der Schweiz» enthält detaillierte Angaben zu den einzelnen Sozialversicherungszweigen. Eine allfällige Integration von Sozialleistungs- und Soziallastquoten in den Zahlenspiegel wird geprüft. Wenn das erwähnte Sozialbudget vorliegt, wird der Bundesrat allenfalls über die Erweiterung der heutigen Sozialversicherungsstatistik zu einer eigentlichen Statistik des Sozialschutzes im Sinne der Europäischen Gemeinschaft zu beschliessen haben.

4. Internationale Vergleiche sind äusserst problematisch. Die Sozialversicherungssysteme der verschiedenen Länder sind sowohl auf der Leistungsseite als auch auf der Finanzierungsseite nur schwer vergleichbar. Die Soziallastquote – definiert als Anteil der Sozialversicherungseinnahmen am Bruttoinlandprodukt – belief sich 1989 auf 21,1 Prozent und 1992 auf 22,8 Prozent. Die Sozialleistungsquote – definiert als Anteil der Sozialversicherungsausgaben am Bruttoinlandprodukt – betrug 14,1 Prozent im Jahre 1989 und 16,4 Prozent im Jahre 1992.

Im Jahr 1989 betragen die Sozialleistungsquoten in den EG-Staaten 16,3 bis 30,2 Prozent des Bruttoinlandprodukts. Der EG-Durchschnitt belief sich auf 24,7 Prozent. NL: 30,2; DK: 29,6; F: 28,0; D: 27,3; B: 26,7; L: 25,6; I: 23,2; GB: 20,6; IRL: 20,6; P: 18,1; E: 17,3; GR: 16,3. Quelle: Angaben des statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaft in Eurostat/(Thema 3C): Ausgaben und Einnahmen des Sozialschutzes 1980–1989; hier zitiert nach: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Euro-Atlas, Soziale Sicherheit im Vergleich, Bonn, Mai 1993.

Die oben erwähnten Angaben für die Sozialleistungen der Schweiz sind damit allerdings nicht vergleichbar, da die Angaben für die EG nach der Methodik von Eurostat (integrierte Statistik des Sozialschutzes) berechnet sind. Dabei werden nicht nur die Sozialversicherungsleistungen, sondern das gesamte Spektrum der Ausgaben des Sozialschutzes berücksichtigt. Das bereits erwähnte Sozialbudget wird zuverlässigere Angaben für den internationalen Vergleich liefern, da es ebenfalls nach Konzept und Methodik von Eurostat aufgebaut wird.

5. Die Studie Wechsler/Savioz bringt dem Bundesrat keine grundsätzlich neuen Erkenntnisse, auch wenn der Versuch einer integrierten Sichtweise positiv zu werten ist. Das verwendete demographische Szenario (Kontinuität) entspricht zudem nicht dem von der Bundesverwaltung verwendeten Referenzszenario. Der Bundesrat ist sich der finanziellen Perspektiven der Sozialversicherungen bewusst. Er stützt sich in seinen Überlegungen auf perspektivische Haushaltsberechnungen ab. Diesen liegt eine klare Trennung von Beständen, Kosten und Finanzierungsfragen zugrunde. Grundlagen sind die zur Versicherungsführung notwendigen Register und Datenbanken. Die Haushaltsberechnungen werden dem Parlament zur Prüfung vorgelegt. Das Instrument der Haushaltsperspektiven hat sich bewährt. Der Bundesrat wird sich auch in Zukunft bei seinen Entscheidungen auf diese Grundlagen abstützen und den Veränderungen der demographischen, gesellschaftli-

chen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in seinen Bemühungen zur Optimierung der sozialen Sicherheit laufend Rechnung tragen.

*Rapport écrit du Conseil fédéral
du 13 juin 1994*

Le Conseil fédéral estime que l'élaboration de bases scientifiques concernant les perspectives financières de la sécurité sociale en Suisse est très importante. C'est pour cette raison qu'il salue le fait que divers projets faisant partie du Programme national de recherche No 29, «Changement des modes de vie et avenir de la sécurité sociale», traitent de ces questions. L'étude Wechsler/Savioz ne constitue que l'un de ces projets. Elle contient des points intéressants, mais émet aussi des hypothèses par trop simplificatrices et problématiques. Le Conseil fédéral s'occupe depuis longtemps déjà des conséquences qu'aura l'évolution démographique sur les assurances sociales. C'est ainsi qu'il a notamment présenté dans le message concernant la 10e révision de l'AVS des modèles de calculs détaillés. Lorsque cela s'avérera nécessaire, il établira à l'avenir également ses propres modèles de calculs, tout en étant pleinement conscient de la problématique que représentent les prévisions à long terme dans le domaine économique. En ce qui concerne les questions soulevées par cette interpellation, voici ce que peut répondre le Conseil fédéral:

1. L'étude Wechsler/Savioz n'est pas à proprement parler une statistique. L'objectif qu'elle visait était plutôt l'élaboration d'un modèle de microsimulation qui permette de combiner entre elles les variables démographiques, économiques et institutionnelles et d'établir des pronostics pour les 50 prochaines années. Pour la première fois, les auteurs ont procédé à une estimation des dépenses spécifiques à l'âge et au sexe, mais ils ont également émis, ce faisant, des hypothèses extrêmement simplificatrices et audacieuses. En principe, on a repris les dépenses de toutes les branches des assurances sociales (concept des dépenses) qui avaient été recensées pour l'année 1989. Dans le cas de la prévoyance professionnelle, les auteurs ont cependant utilisé non pas les dépenses, mais les recettes. Mélanger les dépenses et les recettes n'est pas admissible du point de vue méthodique et cela donne une image déformée des assurances sociales. Ces hypothèses sont surtout problématiques dans les domaines où, en plus des assurances sociales, on a pris en considération dans les calculs des prestations d'assurances facultatives et celles d'autres organismes. De même, on peut remettre en cause le fait de réunir l'AVS et les PC d'un côté et l'AI et les PC de l'autre, ainsi que celui de prendre en considération les droits des étrangers et des étrangères au titre de suppléments de frais venant s'ajouter aux rentes destinées aux Suisses, puisque l'évolution des effectifs de rentiers et de rentières présentent des différences considérables dans ces domaines. Il faut aussi s'attendre à ce que les profils de financement définis comme bases subissent des modifications au fil du temps.

2. Le Conseil fédéral n'apporte aucune correction aux études effectuées par les différents scientifiques. On peut trouver les données de la statistique officielle relative aux prestations des assurances sociales – dans la mesure où elles existent – dans les publications spécialisées de l'administration fédérale (Zahlenspiegel der sozialen Sicherheit in der Schweiz, Annuaire statistique de la Suisse, ainsi que diverses publications particulières). Dans divers secteurs, il existe de graves lacunes en matière de statistique (prévoyance professionnelle, assurance-maladie, aide sociale, allocations familiales), lacunes que le Conseil fédéral, dans les limites de ses possibilités, s'efforce de combler. Il tâche également d'établir une statistique complète des dépenses et des recettes sociales qui aille au-delà de la statistique des branches des assurances sociales. C'est l'un des objectifs qu'il a définis pour la période de législation 1991–1995. Le projet «Budget social» soutenu par le Programme national de recherche No 29 ainsi que par les fonds de la Confédération pour la recherche du secteur public fournira des bases importantes pour ce faire.

3. Les taux des prestations et des charges sociales sont publiés régulièrement et de manière systématique dans l'Annuaire statistique de la Suisse. Toutes deux sont extraites de la

Comptabilité nationale. Le «Zahlenspiegel der sozialen Sicherheit in der Schweiz» contient des données détaillées sur les diverses branches des assurances sociales. On examine actuellement l'opportunité d'insérer les taux des prestations et des charges sociales dans ce dernier. Lorsque le budget social mentionné plus haut sera établi, le Conseil fédéral devra décider, le cas échéant, s'il convient d'étendre l'actuelle statistique des assurances sociales pour en faire une véritable statistique de la sécurité sociale au sens de la Communauté européenne.

4. Il est extrêmement problématique de faire des comparaisons à l'échelle internationale. Les systèmes d'assurances sociales des différents pays sont difficilement comparables, tant du point de vue des prestations que de leur financement. Le taux des charges sociales – défini en tant que part représentée par les recettes des assurances sociales dans le produit intérieur brut – s'élevait à 21,1 pour cent en 1989 et à 22,8 pour cent en 1992. Le taux des prestations sociales – défini en tant que part représentée par les dépenses des assurances sociales dans le produit intérieur brut – s'élevait à 14,1 pour cent en 1989 et à 16,4 pour cent en 1992.

En 1989, les taux des prestations sociales des Etats de la CE oscillaient entre 16,3 et 30,2 pour cent du produit intérieur brut. La moyenne de la CE s'élevait à 24,7 pour cent. NL: 30,2; DK: 29,6; F: 28,0; D: 27,3; B: 26,7; L: 25,6; I: 23,2; GB: 20,6; IRL: 20,6; P: 18,1; E: 17,3; GR: 16,3. Source: Données de l'Office statistique de la Communauté européenne dans Eurostat/«Thema 3C»: «Ausgaben und Einnahmen des Sozialschutzes 1980–1989»; cité ici selon: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Euro-Atlas, Soziale Sicherheit im Vergleich, Bonn, mai 1993.

Les données indiquées plus haut pour les prestations sociales en Suisse ne sont cependant pas comparables à celles du tableau ci-dessus, car les données concernant la CE sont calculées selon la méthodique d'Eurostat (statistique intégrée dans la sécurité sociale). Cette dernière tient compte non seulement des prestations des assurances sociales, mais de tout l'éventail des dépenses de la sécurité sociale. Le budget social déjà mentionné fournira des données plus fiables pour la comparaison au niveau international, étant donné qu'il est également construit selon la conception et la méthodique d'Eurostat.

5. L'étude Wechsler/Savioz n'apporte en principe au Conseil fédéral aucune connaissance nouvelle, même s'il convient de juger favorablement la tentative d'appliquer un point de vue intégré. Le scénario de référence utilisé (continuité) ne correspond en outre pas au scénario de référence utilisé par l'administration fédérale. Le Conseil fédéral est pleinement conscient des perspectives financières des assurances sociales. Ses réflexions se fondent sur des calculs budgétaires prévisionnels, qui reposent sur une démarcation nette entre effectifs, frais et questions de financement. Ces calculs s'appuient sur les registres et banques de données nécessaires à la gestion des assurances. Les calculs budgétaires sont soumis à l'examen du Parlement. L'instrument constitué par les perspectives budgétaires a fait ses preuves. A l'avenir, le Conseil fédéral s'appuiera également sur ces bases pour prendre ses décisions et tiendra compte, dans les efforts qu'il entreprendra en vue d'optimiser la sécurité sociale, des modifications que subiront au fur et à mesure les conditions-cadres démographiques, sociales et économiques.

*Erklärung der Interpellanten: befriedigt
Déclaration des interpellateurs: satisfaits*

Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion Überprüfung der Sozialausgabenstatistik

Interpellation du groupe socialiste Dépenses de caractère social. Examen des statistiques publiées

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1994
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	17
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	94.3110
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	07.10.1994 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1915-1917
Page	
Pagina	
Ref. No	20 024 586

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.